



Datum: 14.04.2011

Nr.: 6

Inhaltsverzeichnis

Seite

Senat:

Fünfte Änderung der Immatrikulationsordnung der Georg-August-Universität
Göttingen 321

Philosophische Fakultät:

Fünfte Änderung der Promotionsordnung der Philosophischen Fakultät 337

Abteilung 8:

Dienstsiegel der Hochschule Bochum 338

Senat:

Der Senat hat am 13.04.2011 die fünfte Änderung der Immatrikulationsordnung der Georg-August-Universität Göttingen in der Fassung der Bekanntmachung vom 12.07.2006 (Amtliche Mitteilungen 9/2006 S. 547), zuletzt geändert am 17.03.2010 (Amtliche Mitteilungen 7/2010 S. 393), beschlossen (§§ 41 Abs. 1 Satz 1, 19 Abs. 7 NHG in der Fassung der Bekanntmachung vom 26.02.2007 (Nds. GVBl. S. 69), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 10.06.2010 (Nds. GVBl. S. 242)). Die Änderung tritt am Tage nach ihrer Bekanntgabe in den Amtlichen Mitteilungen der Georg-August-Universität Göttingen in Kraft.

Die Immatrikulationsordnung wird nachfolgend in der Neufassung bekannt gemacht.

Immatrikulationsordnung der Georg-August-Universität Göttingen

Inhaltsangabe

- § 1 Immatrikulation (Einschreibung)
- § 2 Fristen und Form der Anträge auf Immatrikulation
- § 3 Rücknahme der Immatrikulation
- § 4 Versagung der Immatrikulation
- § 5 Exmatrikulation auf eigenen Antrag
- § 6 Exmatrikulation aus besonderem Grund
- § 7 Erstattung von Abgaben und Entgelten
- § 8 Rückmeldung
- § 9 Beurlaubung
- § 10 Beurlaubung für einen Studienaufenthalt im Ausland
- § 11 Gleichzeitiges Studium mehrerer Studiengänge
- § 12 Gasthörerinnen und Gasthörer
- § 13 Austauschstudierende
- § 13 a Propädeutikum
- § 13 b Teilzeitstudium
- § 13 c Frühstudium
- § 14 Inkrafttreten

§ 1 Immatrikulation (Einschreibung)

(1) ¹Eine Bewerberin oder ein Bewerber wird auf ihren oder seinen Antrag durch die Immatrikulation als Studierende oder Studierender in die Universität Göttingen aufgenommen und für den gewählten Studiengang oder das gewählte Studienangebot eingeschrieben. ²Die Immatrikulation in mehrere Studiengänge oder Studienangebote ist nach Maßgabe der Bestimmungen dieser Ordnung zulässig. ³Mit der Immatrikulation wird sie oder er Mitglied der Universität Göttingen mit allen sich aus dem Niedersächsischen Hochschulgesetz (NHG) und anderen Ordnungen ergebenden Rechten und Pflichten. ⁴Die Immatrikulation ist mit der Ausstellung des vorläufigen Studenausweises vollzogen; sie wird mit Beginn des jeweiligen Semesters wirksam.

(2) ¹Die Immatrikulation setzt voraus, dass die Bewerberin oder der Bewerber

- a) die Qualifikation (Hochschulzugangsberechtigung) besitzt, die nach dem Niedersächsischen Hochschulgesetz (NHG) für den gewählten Studiengang, für den gewählten Teilstudiengang (Fach) oder für das gewählte Studienangebot im Sinne des § 13 Abs. 3 NHG jeweils erforderlich ist,
- b) gegebenenfalls die darüber hinaus in den jeweiligen Ordnungen des gewählten Studienganges, Teilstudienganges oder Studienangebots festgelegten Zugangsvoraussetzungen nachweist und
- c) für einen Studiengang oder ein Studienangebot, der oder das zulassungsbeschränkt ist, zugelassen worden ist.

²Bei Bewerberinnen oder Bewerbern mit einem als gleichwertig anerkannten ausländischen Vorbildungsnachweis setzt die Immatrikulation ferner in der Regel den Nachweis ausreichender Kenntnisse in der deutschen Sprache nach Maßgabe der Prüfungsordnung für die Deutsche Sprachprüfung für den Hochschulzugang ausländischer Studienbewerberinnen und Studienbewerber (DSH) an der Georg-August-Universität Göttingen in der jeweils geltenden Fassung voraus.

(3) ¹Die Immatrikulation ist zu befristen, wenn:

- a) ein Studiengang, ein Teilstudiengang oder ein Studienangebot ausläuft,
- b) die Bewerberin oder der Bewerber auf Grund gerichtlicher Anordnung vorläufig zugelassen worden ist,
- c) nur einzelne Abschnitte eines Studienganges angeboten werden oder
- d) die Bewerberin oder der Bewerber nur für einen Abschnitt eines Studienganges (Teilstudienplatz) zugelassen worden ist.

²Die Immatrikulation erfolgt auflösend bedingt, wenn:

- a) Studierende, die in einem grundständigen Studiengang eingeschrieben sind und diesen Studiengang noch nicht erfolgreich abgeschlossen haben, gleichzeitig für einen diesen Studiengang vertiefenden Master-Studiengang eingeschrieben werden,
- b) für einen Studiengang, Teilstudiengang oder ein Studienangebot einzelne Zugangsvoraussetzungen während des Studiums nach Maßgabe einer Ordnung nachgeholt werden müssen.

(4) ¹War die Bewerberin oder der Bewerber in demselben oder einem vergleichbaren Studiengang, Teilstudiengang oder Studienangebot an Hochschulen im Geltungsbereich des Grundgesetzes (GG) bereits eingeschrieben, wird sie oder er entsprechend der nachgewiesenen Studienleistungen und -zeiten sowie Prüfungsleistungen im nächsthöheren Fachsemester des Studienganges, Teilstudienganges oder Studienangebots eingeschrieben. ²Hat sie oder er anrechenbare Studien- oder Prüfungsleistungen auf Grund eines Studiums außerhalb des Geltungsbereichs des GG oder in einem anderen Studiengang, Teilstudiengang oder Studienangebot erbracht, wird sie oder er auf Antrag in dem entsprechend höheren Fachsemester auf Grund einer Anrechnungsbescheinigung der hierfür zuständigen Stelle eingeschrieben.

(5) ¹Die oder der Studierende erhält einen Studiausweis. ²Der Studienzentrale sind Änderungen des Namens sowie der Verlust des Studiausweises unverzüglich schriftlich anzuzeigen; sonstige Änderungen der Angaben gemäß §§ 5 bis 9 und 14 der Ordnung für die Erhebung und Verarbeitung personenbezogener Daten der Studienbewerberinnen und Studienbewerber, Frühstudierenden, Studierenden, Prüfungskandidatinnen und Prüfungskandidaten, ehemaligen Hochschulmitglieder (ohne Beschäftigte) sowie Gasthörerinnen und Gasthörer (PersDatO) sind unverzüglich auf elektronischem Wege anzuzeigen.

§ 2 Fristen und Form der Anträge auf Immatrikulation

(1) ¹Die Immatrikulation ist jeweils für das Wintersemester bis zum 30. September und für das Sommersemester bis zum 31. März bei der Studienzentrale zu beantragen. ²In begründeten Ausnahmefällen ist der Bewerberin oder dem Bewerber eine angemessene Nachfrist einzuräumen. ³Für Studiengänge, Teilstudiengänge oder Studienangebote mit Zulassungsbeschränkungen muss die Immatrikulation abweichend von Satz 1 innerhalb der Erklärungsfrist über die Annahme des Studienplatzes beantragt werden, soweit sich nicht etwas anderes aus dem Zulassungsbescheid ergibt; Satz 2 gilt entsprechend.

(2) ¹Anträge auf Studienplatztausch in Studiengängen, in denen Zulassungsbeschränkungen bestehen, sind spätestens bis Vorlesungsbeginn einzureichen. ²Ein solcher Tausch setzt voraus, dass die Bewerberin oder der Bewerber für den gleichen Studiengang oder Teilstudiengang oder das gleiche Studienangebot an einer anderen wissenschaftlichen Hochschule immatrikuliert ist und die Zugangsvoraussetzungen für den Studiengang, Teilstudiengang oder das Studienangebot an der Universität Göttingen erfüllt, sich im gleichen Fachsemester befindet, vergleichbare Studien- oder Prüfungsleistungen absolviert hat und einen vergleichbaren Studienplatz nachweist. ³Letzteres ist insbesondere dann nicht gegeben, wenn ein Vollstudienplatz gegen einen Teilstudienplatz oder ein endgültiger gegen einen vorläufigen Studienplatz getauscht werden soll.

(3) ¹Der Immatrikulationsantrag ist auf elektronischem Wege in der von der Universität vorgegebenen Weise zu stellen. ²Der Antrag muss enthalten:

- a) Angaben über Name, Anschrift, Geburtsdatum und -ort, Staatsangehörigkeit der Bewerberin oder des Bewerbers sowie zum gewünschten Studiengang, Teilstudiengang oder Studienangebot und Fachsemester,
- b) eine Erklärung darüber, ob in dem gewählten Studiengang, Teilstudiengang oder Studienangebot eine Vor-, Zwischen-, Modul-, Modulteil- oder Abschlussprüfung oder eine Abschlussarbeit endgültig nicht bestanden ist,
- c) eine Erklärung darüber, in welchen Studiengängen und mit welchen Studienzeiten die Bewerberin oder der Bewerber bereits an anderen Hochschulen immatrikuliert ist oder gewesen ist.

³Die Angaben nach Satz 2 sowie nach § 6 PersDatO sind zusätzlich auf elektronischem Wege in der von der Universität vorgegebenen Form von der Studienbewerberin oder dem Studienbewerber zu übermitteln.

(4) Mit einem Anschreiben, das Name, Anmeldenummer, Studiengang, Teilstudiengang oder Studienangebot und Fachsemester beinhaltet, sind der Universität gegebenenfalls darüber hinaus die für die Einschreibung erforderlichen Unterlagen einzureichen:

- a) der Nachweis über die Hochschulzugangsberechtigung für den gewählten Studiengang oder Teilstudiengang oder das gewählte Studienangebot in amtlich beglaubigter Form, erforderlichenfalls in einer amtlich beglaubigten Übersetzung,
- b) eine Kopie des Zulassungsbescheides, sofern für den gewählten Studiengang oder das gewählte Studienangebot Zulassungsbeschränkungen bestehen,
- c) der Nachweis der Krankenkasse über die Erfüllung der Versicherungspflicht oder über die Befreiung von der Versicherungspflicht,

- d) der Nachweis über die Entrichtung der fälligen Abgaben und Entgelte (Semesterbeitrag) gemäß §§ 11, 12, 13, 20 und 70 NHG auf das von der Universität eingerichtete Konto; mit Eingang des Semesterbeitrags bei der Universität ist der Nachweis geführt,
- e) sofern das 18. Lebensjahr noch nicht vollendet wurde, eine Einverständniserklärung der Person oder der Personen, der oder denen allein oder gemeinsam mit einer anderen Person nach den Vorschriften des Bürgerlichen Gesetzbuches die Personensorge zusteht,
- f) bei Studienortswechsel eine durch die zuletzt besuchte Hochschule ausgestellte Studienzeitbescheinigung (einschließlich Angaben zu allen bislang absolvierten Hochschulsemestern und Fachsemestern) für den Studiengang oder Teilstudiengang oder das Studienangebot, der oder das an der Universität fortgeführt wird, gegebenenfalls zusätzlich eine durch eine andere zuvor besuchte Hochschule ausgestellte Studienzeitbescheinigung, sofern ein Studiengang oder Teilstudiengang oder das Studienangebot fortgeführt wird, der oder das an der zuletzt besuchten Hochschule nicht mehr studiert wurde, und gegebenenfalls Nachweise über abgelegte Vor-, Zwischen-, Modul-, Modulteil- und Abschlussprüfungen sowie Abschlussarbeiten,
- g) bei der beantragten Einschreibung für ein höheres Fachsemester aufgrund von anrechenbaren Leistungen eine Anrechnungsbescheinigung der hierfür zuständigen Stelle,
- h) bei Doktorandinnen oder Doktoranden der Nachweis des Studienabschlusses sowie eine Zustimmung der zuständigen Fakultät zur Einschreibung zum Zwecke der Promotion, soweit nicht im Falle eines Promotionsstudienganges ein Zulassungsbescheid vorgelegt wird.

(5) Eines besonderen Antrages auf Änderung des Studienverlaufes (Fachwechsel) bedarf es, wenn die Studierende oder der Studierende den Studiengang oder das Studienangebot an der Universität wechselt oder einen weiteren Studiengang oder ein weiteres Studienangebot beginnen will.

§ 2a Einschreibung in auslaufende Studiengänge oder Teilstudiengänge

(1) ¹Wird ein Studiengang oder Teilstudiengang geschlossen (auslaufende Studiengänge oder Teilstudiengänge), ist eine Einschreibung von Studierenden im ersten Fachsemester ab dem Semester ausgeschlossen, zu dem der Studiengang geschlossen wird (Schließungssemester).

²Eine Einschreibung für ein höheres Fachsemester ist unter dem Vorbehalt freier Kapazitäten nach Maßgabe der nachfolgenden Bestimmungen möglich.

(2) ¹Wird ein Studiengang oder Teilstudiengang geschlossen, für den eine Einschreibung zum Winter- oder zum Sommersemester möglich ist, ist eine Einschreibung im Schließungssemester ausschließlich für das zweite (niedrigstes Fachsemester) oder ein höheres Fachsemester möglich. ²Wird ein Studiengang oder Teilstudiengang geschlossen, für den eine Einschreibung nur zum Wintersemester möglich ist, ist eine Einschreibung im Schließungssemester ausschließlich für das dritte (niedrigstes Fachsemester) oder ein höheres Fachsemester möglich. ³Für jedes auf das Schließungssemester folgende Semester erhöht sich der Zahlenwert des niedrigsten Fachsemesters um eins.

(3) ¹Voraussetzung für die Einschreibung in ein höheres Fachsemester ist, dass die Studienbewerberin oder der Studienbewerber auf Grund ihrer oder seiner bisherigen Studien- und Prüfungsleistungen für das angestrebte Fachsemester eingestuft werden kann. ²Die Entscheidung über die Einstufung trifft die Studiendekanin oder der Studiendekan. ³Die Studiendekanin oder der Studiendekan kann zur Vorbereitung ihrer oder seiner Entscheidung die Stellungnahme einer Hochschullehrerin oder eines Hochschullehrers einholen, die oder der das jeweilige Fach vertritt. ⁴Eine Einstufung ist höchstens für das Fachsemester möglich, das dem Zahlenwert der Regelstudienzeit entspricht.

(4) Die Einschreibung für ein höheres Fachsemester ist nach Ablauf der Regelstudienzeit des jeweiligen Studiengangs oder Teilstudiengangs, ausgehend von dem Semester der letztmaligen Aufnahme in das erste Fachsemester, ausgeschlossen; eine nach einer Ordnung des Studiengangs oder Teilstudiengangs mögliche Erhöhung der Regelstudienzeit bleibt hierbei unberücksichtigt.

(5) ¹Die Einschreibung für ein höheres Fachsemester ist ausgeschlossen, sofern dies in der Zielvereinbarung im Sinne des § 1 Abs. 3 NHG festgelegt ist. ²Das Präsidium kann für einen Studiengang oder Teilstudiengang von den Absätzen 1-4 abweichende Bestimmungen treffen.

§ 3 Rücknahme der Immatrikulation

¹Die Immatrikulation ist zurückzunehmen, wenn eine Studierende oder ein Studierender dies vor oder innerhalb eines Monats nach Vorlesungsbeginn schriftlich beantragt. ²Die Immatrikulation ist ferner auf schriftlichen Antrag der Studierenden oder des Studierenden zurückzunehmen, wenn sie oder er ihr oder sein Studium im ersten Fachsemester nach der Immatrikulation

wegen Ableistung einer Dienstpflicht im Sinne des Art. 12a GG nicht aufnehmen oder nicht fortsetzen kann; die Antragstellung ist nur bis zum Schluss des betreffenden Semesters zulässig; dem Antrag ist der Studiausweis beizufügen. ³Die Bestimmung des § 2 Abs. 4 Buchstabe e) gilt entsprechend. ⁴In den Fällen der Sätze 1 und 2 gilt die Immatrikulation als von Anfang an nicht vorgenommen.

§ 4 Versagung der Immatrikulation

(1) ¹Die Immatrikulation ist zu versagen, wenn

- a) die Zahlung der gemäß NHG fälligen Abgaben und Entgelte nicht nachgewiesen ist,
- b) ein Nachweis der Krankenkasse über die Erfüllung der Versicherungspflicht oder über die Befreiung von der Versicherungspflicht nicht erbracht wird,
- c) in dem gewählten Studiengang, Teilstudiengang oder Studienangebot eine Vor-, Zwischen- oder Abschlussprüfung endgültig nicht bestanden wurde oder der Prüfungsanspruch nach der Prüfungsordnung des Studiengangs, Teilstudiengangs oder Studienangebots, für den oder das die Immatrikulation beantragt wird, nicht besteht,
- d) das Studium in demselben oder einem fachlich eng verwandten Studiengang, Teilstudiengang oder Studienangebot an der Universität Göttingen oder an einer Hochschule im In- oder Ausland erfolgreich abgeschlossen und die durch den gewählten Studiengang, Teilstudiengang oder das gewählte Studienangebot zu erwerbende fachliche Qualifikation insoweit bereits nachgewiesen wurde,
- e) in einem Studiengang, der aus mehreren Teilstudiengängen besteht, die Immatrikulation für weniger oder mehr als die nach der Prüfungsordnung erforderliche Anzahl an Teilstudiengängen beantragt wird, insbesondere wenn im Zwei-Fächer-Bachelor-Studiengang oder im Master-Studiengang „Master of Education“ ein Teilstudiengang in Kombination mit mehr als einem anderen Teilstudiengang studiert werden soll, oder
- f) die nach Maßgabe der jeweiligen Ordnungen für den gewählten Studiengang oder Teilstudiengang oder für das gewählte Studienangebot festgelegten Zugangsvoraussetzungen nicht erfüllt werden, soweit sich nicht etwas Abweichendes aus der Ordnung für den Studiengang oder Teilstudiengang oder für das Studienangebot ergibt.

²Die gleichzeitige Einschreibung für einen Bachelor-Studiengang und für einen diesen Studiengang vertiefenden Master-Studiengang ist zu versagen, soweit sich nicht aus dieser Ordnung etwas anderes ergibt.

(2) Die Immatrikulation kann versagt werden, wenn die Bewerberin oder der Bewerber

- a) Verfahrensvorschriften nicht eingehalten hat,
- b) an einer Krankheit im Sinne des § 34 Abs. 1 des Infektionsschutzgesetzes leidet oder bei Verdacht einer solchen Krankheit ein gefordertes amtsärztliches Zeugnis nicht beibringt,
- c) wegen einer Straftat gegen das Leben, die sexuelle Selbstbestimmung, die körperliche Unversehrtheit oder die persönliche Freiheit rechtskräftig verurteilt wurde, die Tat und die Verurteilung einem Verwertungsgebot noch nicht unterfällt und nach Art der begangenen Straftat eine Gefährdung oder Störung des Studienbetriebes zu besorgen ist oder
- d) mit einem als gleichwertig anerkannten ausländischen Vorbildungsnachweis nicht die für den Studiengang oder Teilstudiengang oder das Studienangebot erforderlichen Kenntnisse in der deutschen Sprache nachweist.

§ 5 Exmatrikulation auf eigenen Antrag

(1) ¹Eine Studierende oder ein Studierender ist auf ihren oder seinen schriftlichen oder auf elektronischem Wege eingegangenen Antrag jederzeit zu exmatrikulieren. ²Die Bestimmung des § 2 Abs. 4 Buchstabe e) gilt entsprechend.

(2) ¹Die Exmatrikulation erfolgt zu dem beantragten Zeitpunkt oder, soweit nichts anderes beantragt ist, zum Ende des laufenden Semesters. ²Der Studierenden oder dem Studierenden ist die Exmatrikulationsbescheinigung auf Antrag auszuhändigen oder zu übersenden, sofern ihm ein Ausdruck der Exmatrikulationsbescheinigung unter Verwendung der Chipkarte nicht möglich oder zumutbar ist. ³Eine rückwirkende Exmatrikulation ist ausgeschlossen.

§ 6 Exmatrikulation aus besonderem Grund

(1) Eine Studierende oder ein Studierender ist zu exmatrikulieren,

- a) wenn sie oder er eine Abschlussprüfung bestanden hat,
- b) wenn sie oder er eine Abschlussprüfung endgültig nicht bestanden oder den Prüfungsanspruch im gewählten Studiengang, Teilstudiengang oder Studienangebot verloren hat,
- c) wenn in einem Studiengang oder Studienangebot mit Zulassungsbeschränkungen die Rücknahme des Zulassungsbescheides unanfechtbar oder sofort vollziehbar ist,

- d) wenn ein Studiengang oder Studienangebot ausgelaufen ist und in dem Studiengang oder Studienangebot nach der einschlägigen Prüfungsordnung keine Prüfungen mehr angeboten werden oder
- e) mit Ablauf der Frist, wenn die Zulassung oder die Einschreibung auf Grund eines Gesetzes oder einer Ordnung befristet oder vorläufig war

und die oder der Studierende in keinem weiteren Studiengang oder Studienangebot eingeschrieben ist.

(2) Eine Studierende oder ein Studierender kann exmatrikuliert werden, wenn nach der Immatrikulation Tatsachen bekannt werden oder eintreten, die die Ablehnung der Einschreibung gerechtfertigt hätten.

(3) ¹Wer sich nach Mahnung unter Fristsetzung und Androhung der Exmatrikulation nicht rückmeldet oder fällige Abgaben und Entgelte nach dem Niedersächsischen Hochschulgesetz in der jeweils geltenden Fassung nicht zahlt, ist mit Fristablauf zum Ende des Semesters exmatrikuliert. ²Satz 1 gilt entsprechend, wenn Abgaben und Entgelte wegen eines Widerrufs der Gewährung eines Teilzeitstudiums nachzuzahlen sind.

(4) Werden die Feststellung der Zugangsberechtigung, die Zulassung oder die Einschreibung durch ein Gesetz oder eine Ordnung vom Eintritt eines bestimmten zukünftigen Ereignisses abhängig gemacht (auflösende Bedingung), ist die Studentin oder der Student mit Eintritt der auflösenden Bedingung exmatrikuliert, sofern sie oder er dies zu vertreten hat und sie oder er in keinem weiteren Studiengang oder Studienangebot eingeschrieben ist.

(5) Eine Exmatrikulation nach den Absätzen 1 und 2 ist der oder dem Studierenden mit Begründung und Rechtsbehelfsbelehrung bekannt zu geben.

§ 7 Erstattung von Abgaben und Entgelten

¹Erfolgt

- a) die Exmatrikulation,
- b) ein Antrag auf Rücknahme der Immatrikulation oder auf Exmatrikulation oder
- c) die Beendigung eines Studiengangs oder Studienangebots im Rahmen eines Fachwechsels

vor oder innerhalb eines Monats nach Vorlesungsbeginn, sind die geleisteten Abgaben und Entgelte auf Antrag zu erstatten. ²Dies gilt für die Beiträge zur Studierendenschaft betreffend das Bahnsemesterticket nur, sofern der Studiausweis innerhalb der Frist nach Satz 1 beim Studentensekretariat eingegangen ist. ³Im Falle des § 6 Abs. 4 sowie bei Exmatrikulation nach befristeter Einschreibung können die geleisteten Abgaben und Entgelte auf Antrag auch nach Ablauf der Frist nach Satz 1 ganz oder zum Teil erstattet werden, sofern die Studentin oder der Student den Bedingungseintritt oder den Fristablauf nicht zu vertreten hat und sie oder er in keinem weiteren Studiengang oder Studienangebot eingeschrieben ist.

§ 8 Rückmeldung

(1) ¹Eingeschriebene Studierende, die ihr Studium fortsetzen wollen, haben sich für das Wintersemester im Juni und Juli und für das Sommersemester im Dezember und Januar zurückzumelden. ²Beurlaubte Studierende haben sich für das dem Urlaubssemester folgende Semester zurückzumelden.

(2) ¹Die Rückmeldung erfolgt durch die Zahlung der fälligen Abgaben und Entgelte (Semesterbeitrag), sofern die sonstigen Voraussetzungen für eine Einschreibung erfüllt sind. ²Die Bestimmungen des § 1 Abs. 3 gelten entsprechend. ³Für die Versagung der Rückmeldung für einen Studiengang oder Teilstudiengang oder ein Studienangebot gelten die Bestimmungen des § 4 und des § 6 Abs. 1 - 4 entsprechend.

§ 9 Beurlaubung

(1) ¹Eine Studierende oder ein Studierender ist auf ihren oder seinen schriftlichen Antrag für die Dauer der Ableistung einer Dienstpflicht im Sinne des Art. 12a GG zu beurlauben. ²Dem Antrag ist eine amtlich beglaubigte Kopie des Bescheides über die Dienstpflicht beizufügen.

(2) ¹Eine Studierende oder ein Studierender kann bis zum Ende der Rückmeldefrist, in Ausnahmefällen auch noch bis zum Ende der Vorlesungszeit auf ihren oder seinen schriftlichen Antrag beurlaubt werden. ²Voraussetzung für eine Beurlaubung ist, dass die oder der Studierende wichtige Gründe nachweist. ³Wichtige Gründe sind insbesondere:

- a) Krankheit der oder des Studierenden oder eines nahen Angehörigen (Eltern, Kinder, Ehepartner oder Partner in einer eingetragenen Lebenspartnerschaft), wenn eine ärztli-

che Bescheinigung vorgelegt wird, die eine Beurteilung ermöglicht, dass kein ordnungsgemäßes Studium möglich ist,

- b) Ableistung eines nicht in einer Studien- oder Prüfungsordnung aufgeführten Praktikums, welches förderlich für das Studium ist und mehr als die Hälfte der Vorlesungszeit beansprucht, sofern die zuständige Studiendekanin oder der zuständige Studiendekan bestätigt, dass das Praktikum förderlich für das Studium ist, und eine Bescheinigung der Praktikumsstelle über Art und Dauer des Praktikums vorgelegt wird,
- c) Mitwirkung als gewählte Vertreterin oder gewählter Vertreter in der akademischen oder studentischen Selbstverwaltung,
- d) Abwesenheit von der Hochschule im Interesse der Universität,
- e) Schwangerschaft, Mutterschutz oder Betreuung eines Kindes in Zeiten, in denen bei Bestehen eines Arbeitsverhältnisses Anspruch auf Erziehungsurlaub bestünde,
- f) bei Studienangeboten zur Heranbildung des wissenschaftlichen und künstlerischen Nachwuchses die externe Betreuung des Forschungsvorhabens, sofern Ressourcen der Universität nur in einem unerheblichem Umfang genutzt werden, die Arbeitsstätte sowie der Lebensmittelpunkt außerhalb des Landkreises Göttingen liegen und das Dekanat der Fakultät der Beurlaubung zustimmt.

⁴Die wichtigen Gründe sind durch geeignete Unterlagen nachzuweisen.

(3) ¹Die Beurlaubung ist nur für volle Semester und in der Regel nur für höchstens zwei aufeinanderfolgende Semester zulässig. ²In begründeten Ausnahmefällen (z. B. eigene Erkrankung oder Betreuung eines nahen Angehörigen) kann eine Beurlaubung für ein weiteres Semester erfolgen. ³Die oder der Studierende kann während der Dauer des Studiums eines Studiengangs oder Studienangebots in der Regel für nicht mehr als insgesamt vier Semester beurlaubt werden. ⁴Die in den Sätzen 2 und 3 getroffenen zeitlichen Beschränkungen gelten für die in Absatz 2 Buchstaben d) und e) aufgeführten Beurlaubungsgründe dann nicht, wenn die oder der Studierende andernfalls keine Möglichkeit hat, das begonnene Studium fortzusetzen. ⁵Die Beurlaubung nach Absatz 2 Buchstabe f) ist abweichend von Sätzen 1 und 2 sowie Absatz 4 Buchstabe b) für höchstens vier aufeinander folgende Semester zulässig. ⁶Im Falle einer Umwandlung der Rückmeldung in eine Beurlaubung ist dem Antrag der Studiausweis beizufügen; andernfalls ist die Beurlaubung abzulehnen.

(4) Eine Beurlaubung ist nicht zulässig für:

- a) das erste Fachsemester, soweit nicht ein wichtiger Grund im Sinne des Absatzes 2 nachgewiesen wird, und

b) vorhergehende Semester.

(5) ¹Während der Beurlaubung behält die Studierende oder der Studierende ihre oder seine Rechte als Mitglied. ²Dem Antrag ist der Studenausweis beizufügen; andernfalls ist die Beurlaubung abzulehnen. ³Sie oder er ist nicht berechtigt, in dieser Zeit Lehrveranstaltungen zu besuchen, Leistungsnachweise zu erbringen oder Prüfungen abzulegen. ⁴Ihre oder seine studentische Beitragspflicht wird durch die Beurlaubung nicht berührt, sofern nichts anderes vorgeschrieben ist.

(6) Urlaubssemester werden nicht als Fachsemester angerechnet.

§ 10 Beurlaubung für einen Studienaufenthalt im Ausland

(1) ¹Eine Studierende oder ein Studierender ist auf ihren oder seinen schriftlichen Antrag für die Dauer eines Studienaufenthaltes oder einer für das Studium förderlichen Tätigkeit (z. B. Praktikum) im Ausland zu beurlauben; die Tätigkeit bedarf einer Bestätigung als studienfördernd durch die zuständige Studiendekanin oder den zuständigen Studiendekan. ²Im Falle einer Umwandlung der Rückmeldung in eine Beurlaubung ist dem Antrag der Studenausweis beizufügen; andernfalls ist die Beurlaubung abzulehnen. ³Die Beurlaubung ist nur für volle Semester und in der Regel nur höchstens für zwei aufeinander folgende Semester zulässig. ⁴Die oder der Studierende kann während der Dauer des Studiums eines Studiengangs oder Studienangebots in der Regel für nicht mehr als insgesamt vier Semester beurlaubt werden. ⁵Die Beurlaubung ist nicht zulässig für das erste Fachsemester; dies gilt nicht für konsekutive Masterstudiengänge, wenn die schriftliche Zustimmung der zuständigen Studiendekanin oder des zuständigen Studiendekans vorgelegt wird. ⁶Auslandssemester sind in geeigneter Form nachzuweisen.

(2) Urlaubssemester werden nicht als Fachsemester angerechnet, soweit dies nicht von der Studierenden oder dem Studierenden beantragt wird.

(3) ¹Äquivalente Prüfungs- und Studienleistungen sowie Studienzeiten werden auf schriftlichen Antrag der Studierenden oder des Studierenden nach Maßgabe der entsprechenden Prüfungsordnung von der zuständigen Stelle anerkannt. ²Vor Beginn der Beurlaubung soll eine Vereinbarung zwischen den Lehrenden der beteiligten Universitäten über die zu erbringenden Prüfungs- und Studienleistungen sowie Studienzeiten („learning agreement“) geschlossen werden.

(4) Eine Beurlaubung für in einer Studien- oder Prüfungsordnung obligatorisch vorgesehene Studienaufenthalte oder Tätigkeiten im Ausland ist ausgeschlossen.

(5) ¹Während der Beurlaubung behält die Studierende oder der Studierende ihre oder seine Rechte als Mitglied. ²Dem Antrag ist der Studenausweis beizufügen; andernfalls ist die Beurlaubung abzulehnen. ³In Deutschland während Zeiten der Beurlaubung nach Absatz 1 erbrachte Leistungen werden nicht anerkannt. ⁴Über Ausnahmen entscheidet die zuständige Prüfungskommission auf begründeten Antrag der oder des Studierenden, soweit der Ausschluss der Anerkennung für die Studierende oder den Studierenden eine unbillige Härte darstellt. ⁵Abweichend von Satz 3 steht die Beurlaubung für einen Studienaufenthalt im Ausland nicht der Zulassung zu schriftlichen Abschlussarbeiten entgegen. ⁶Die studentische Beitragspflicht wird durch die Beurlaubung nicht berührt, sofern nichts anderes vorgeschrieben ist.

§ 11 Gleichzeitiges Studium mehrerer Studiengänge

(1) Eine Studierende oder ein Studierender, die oder der bereits an einer anderen Hochschule immatrikuliert ist, kann an der Universität Göttingen eingeschrieben werden, wenn ein gleichzeitiges Studium an beiden Hochschulen möglich ist.

(2) ¹Eine Studierende oder ein Studierender, die oder der an dieser oder an einer anderen Hochschule bereits in einem Studiengang oder Studienangebot mit Zulassungsbeschränkungen eingeschrieben ist, darf zusätzlich für einen weiteren Studiengang oder ein weiteres Studienangebot mit Zulassungsbeschränkungen nur eingeschrieben werden, wenn sie oder er für diesen Studiengang oder dieses Studienangebot zugelassen ist, der Studiengang oder das Studienangebot eine sinnvolle Ergänzung des zuerst aufgenommenen Studiums darstellt und ein gleichzeitiges Studium in beiden Studiengängen oder Studienangeboten möglich ist. ²Hierzu sind die Stellungnahmen der beteiligten Fakultäten einzuholen. ³Sätze 1 und 2 gelten für eine Studierende oder einen Studierenden entsprechend, die oder der an dieser oder einer anderen Hochschule bereits in einem geschlossenen Studiengang oder Studienangebot mit auslaufender Betreuung eingeschrieben ist und beantragt, zusätzlich für einen weiteren Studiengang oder ein weiteres Studienangebot eingeschrieben zu werden.

(3) ¹Studierende, die in einem grundständigen Studiengang eingeschrieben sind und diesen Studiengang noch nicht durch Prüfung erfolgreich abgeschlossen haben, können gleichzeitig für einen diesen Studiengang vertiefenden Master-Studiengang auflösend bedingt eingeschrieben

werden. ²Das Nähere zu der auflösend bedingten Einschreibung für den Master-Studiengang ist in einer Ordnung für diesen Master-Studiengang zu regeln. ³Sind für den grundständigen Studiengang und den diesen Studiengang vertiefenden Master-Studiengang unterschiedliche Abgaben im Sinne der §§ 11 und 13 NHG zu entrichten, genügt für die Rückmeldung beziehungsweise die Einschreibung, dass die Zahlung der Abgabe im Sinne der §§ 11 und 13 NHG mit dem höheren Wert nachgewiesen wird.

§ 12 Gasthörerinnen und Gasthörer

(1) ¹Zu bestimmten Lehrveranstaltungen können Personen, die keine Hochschulzugangsberechtigung gemäß NHG nachweisen können, als Gasthörerinnen und Gasthörer im Rahmen der vorhandenen Kapazität zugelassen werden. ²Sie werden dadurch keine Studierenden im Sinne des NHG. ³Studierende anderer Hochschulen sind als Gasthörerinnen und Gasthörer zuzulassen, wenn der Besuch von Lehrveranstaltungen gemäß NHG nicht eingeschränkt ist.

(2) ¹Der Aufnahmeantrag als Gasthörerin oder Gasthörer ist für jedes Semester gesondert innerhalb der Immatrikulationsfrist zu stellen. ²Über den Antrag wird im Benehmen mit den für die Lehrveranstaltungen zuständigen Fakultäten entschieden.

(3) Von Gasthörerinnen und Gasthörern erhebt die Universität Abgaben und Entgelte nach der Gebühren- und Entgeltordnung.

§ 13 Austauschstudierende

(1) ¹Ausländische Studierende, die im Rahmen von § 12 Abs. 1 Satz 2 Nr. 1 NHG vom Verwaltungskostenbeitrag befreit sind, können außerhalb des Zugangs- und Zulassungsverfahrens befristet immatrikuliert werden. ²Die Höchstdauer der befristeten Einschreibung darf zwei Semester nicht übersteigen; ein Studienabschluss an der Universität Göttingen ist ausgeschlossen. ³Bei Studiengängen oder Studienangeboten mit einer Dauer von mehr als fünf Semestern kann die befristete Einschreibung nach Stellungnahme der oder des Betreuenden und nach Befürwortung durch die Studiendekanin oder den Studiendekan um höchstens zwei weitere Semester verlängert werden.

(2) ¹Die Bestimmung des Absatzes 1 gilt entsprechend für ausländische Studierende, die ein Stipendium einer in der Anlage aufgeführten Förderorganisation erhalten oder nach der Prüfungsordnung des Studiengangs ihrer Heimatuniversität einen Studienaufenthalt außerhalb des Staates der Heimatuniversität absolvieren müssen; Voraussetzung ist, dass die Einschreibung

dieser Studierenden von der Studiendekanin oder dem Studiendekan unter Berücksichtigung der Studiengangskapazität und der Eignung für das beantragte Semester befürwortet worden ist. ²Die Anlage wird einmal im Semester durch das Präsidiumsmitglied für Studium und Lehre aktualisiert und im Internet veröffentlicht.

§ 13 a Propädeutikum

(1) ¹Ausländische Studienbewerberinnen und Studienbewerber, die einen Studienvorbereitungskurs (Propädeutikum) belegen, werden für einen Zeitraum von längstens drei Monaten und höchstens einmal als Studierende eingeschrieben. ²Mit dem Bestehen einer Prüfung wird kein Anspruch auf Einschreibung in einen Studiengang oder ein Studienangebot erworben.

(2) Abweichend von § 2 Abs. 1 ist der Antrag auf Einschreibung bis zum 30. Juni eines Jahres bei einer Einschreibung für ein Propädeutikum im Sommersemester sowie bis zum 31. Dezember bei einer Einschreibung für ein Propädeutikum im Wintersemester einzureichen.

(3) Abweichend von § 3 Abs. 1 ist die Immatrikulation zurückzunehmen, wenn dies vor oder innerhalb von zwei Wochen nach Propädeutikumsbeginn schriftlich beantragt wird; § 7 Satz 1 gilt entsprechend.

(4) Zeiten eines Propädeutikums gelten nicht als Studienzeiten im Sinne der §§ 11 und 13 NHG.

§ 13 b Teilzeitstudium

(1) Studierende können auf Antrag in geeigneten Studiengängen für ein Teilzeitstudium immatrikuliert oder rückgemeldet werden.

(2) Das Nähere regelt eine Ordnung.

§ 13 c Frühstudium

(1) Schülerinnen und Schüler, die von der Schule und der Hochschule einvernehmlich als überdurchschnittlich begabt beurteilt werden, können vor Aufnahme eines Studiums als Frühstudierende eingeschrieben werden.

(2) Das Nähere regelt eine Ordnung.

§ 14 Inkrafttreten

Diese Ordnung tritt am Tage nach ihrer Bekanntgabe in den Amtlichen Mitteilungen der Georg-August-Universität Göttingen in Kraft.

Liste anerkannter internationaler und nichtstaatlicher deutscher Stipendienggeber

(Anlage zu § 13 Abs. 2 Immatrikulationsordnung)

– Stand: Sommersemester 2011;

diese Anlage wird einmal im Semester durch das Präsidiumsmitglied für Studium und Lehre aktualisiert und im Internet veröffentlicht. –

KAAD – Deutschland

Diakonisches Werk – Deutschland

Regierungsstipendien – Ägypten

Regierungsstipendien – Indonesien

Regierungsstipendien – Jemen

Regierungsstipendien – Pakistan

Regierungsstipendien – Syrien

Philosophische Fakultät:

Nach Beschluss des Fakultätsrats der Philosophischen Fakultät vom 26.01.2011 hat das Präsidium der Georg-August-Universität Göttingen am 05.04.2011 die fünfte Änderung der Promotionsordnung der Philosophischen Fakultät der Georg-August-Universität Göttingen in der Fassung der Bekanntmachung vom 01.08.2002 (Amtliche Mitteilungen 11/2002 S. 323), zuletzt geändert nach Beschluss des Präsidiums vom 27.01.2010 (Amtliche Mitteilungen 4/2010 S. 270), genehmigt (§ 9 Abs. 3 Satz 1 NHG in der Fassung der Bekanntmachung vom 26.02.2007 (Nds. GVBl. S. 69), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 10.06.2010 (Nds. GVBl. S. 242); §§ 44 Abs. 1 Satz 2, 37 Abs. 1 Satz 3 Nr. 5 b) NHG).

Die Änderung wird nachfolgend bekannt gemacht.

Artikel 1

Die Promotionsordnung der Philosophischen Fakultät der Georg-August-Universität Göttingen in der Fassung der Bekanntmachung vom 01.08.2002 (Amtliche Mitteilungen 11/2002 S. 323), zuletzt geändert nach Beschluss des Präsidiums vom 27.01.2010 (Amtliche Mitteilungen 4/2010 S. 270), wird wie folgt geändert:

1. Der Anlage 1a wird nachfolgender Eintrag angefügt:

„Ostasienwissenschaft/Moderne Sinologie“

2. Der Anlage 1b werden nachfolgende Einträge angefügt:

„Ostasienwissenschaft/Chinesisch als Fremdsprache
Ostasienwissenschaft/Modernes China“

3. Der Anlage 2 wird das Folgende angefügt:

„Ostasienwissenschaft/Moderne Sinologie

Nachweis guter Englischkenntnisse (mind. Niveau B2 des GER)“

Artikel 2

Die Änderung tritt am Tage nach ihrer Bekanntmachung in den Amtlichen Mitteilungen der Georg-August-Universität Göttingen in Kraft.

Abteilung 8:

VIZEPRÄSIDENTIN WIRTSCHAFTS-
UND PERSONALVERWALTUNG
VICEPRESIDENT ECONOMIC
AND PERSONNEL ADMINISTRATION
Dezernat 1 – Ressourcenmanagement
Abteilung Kaufmännisches Facility Management,
Einkauf und Organisation
Lennershofstraße 140, 44801 Bochum

GABRIELE MERENDA
erteilt Auskunft
provides information
T +49.(0)234.32 10 019
F +49.(0)234.32 14 949
gabriele.merenda@hs-bochum.de

Hochschule Bochum
Bochum University
of Applied Sciences

Hochschule Bochum Postfach 100 741 44707 Bochum

An die
Universitäten und Fachhochschulen
in der BRD

gemäß Verteiler



--
Dienstsiegel der Hochschule Bochum

22. Februar 2011, Az.: 1.1-27.04 me

Sehr geehrte Damen und Herren,

aufgrund der bereits im Mai 2008 stattgefundenen Umbenennung der
Fachhochschule Bochum in

Hochschule Bochum

werden ab sofort alle Dienstsiegel mit der Umschrift

„Fachhochschule Bochum“

für ungültig erklärt.

Weiterhin werden die Dienstsiegel mit der Umschrift:

Umschrift obere Kreishälfte:
darunter

Hochschule Bochum
das Landeswappen, darunter:
Prüfungsausschuss
Fachbereich Architektur

in der unteren Kreishälfte:
sowie für die weiteren
Fachbereiche entsprechend:

Fachbereich Bauingenieurwesen
Fachbereich Elektrotechnik und Informatik
Fachbereich Mechatronik und Maschinenbau
Fachbereich Vermessung und Geoinformatik
Fachbereich Wirtschaft

--
für ungültig erklärt.

Gültigkeit haben die Dienstsiegel, die in der nachstehenden schriftlichen Auflistung genannt
sind:

Verwaltungssiegel:

Prägesiegel/Trockensiegel:

Umschrift obere Kreishälfte:
darunter:

untere Kreishälfte:

Hochschule Bochum
das Landeswappen
Der Präsident

/2

Präsesiegel/Trockensiegel:
 Umschrift obere Kreishälfte:
 darunter:
 untere Kreishälfte:

Hochschule Bochum
 das Landeswappen
 keine Umschrift

Dienstsiegel:
 Umschrift obere Kreishälfte:
 darunter Nr. des Siegels:
 darunter:
 untere Kreishälfte:

Hochschule Bochum
 1 (Nr. fortlaufend)
 das Landeswappen
 Der Präsident

Umschrift obere Kreishälfte:
 darunter Nr. des Siegels:
 darunter:
 untere Kreishälfte:

Hochschule Bochum
 1 (Nr. fortlaufend)
 das Landeswappen
 Die Vizepräsidentin
 Wirtschafts- und Personalverwaltung

Dienstsiegel der Fachbereiche:

Umschrift obere Kreishälfte:
 darunter:
 darunter:
 untere Kreishälfte:

Hochschule Bochum
 Der Dekan od. Die Dekanin
 das Landeswappen
 Fachbereich Architektur

sowie für die weiteren Fachbe-
 reiche entsprechend:

Fachbereich Bauingenieurwesen
 Fachbereich Elektrotechnik und Informatik
 Fachbereich Mechatronik und Maschinenbau
 Fachbereich Vermessung und Geoinformatik
 Fachbereich Wirtschaft

Umschrift obere Kreishälfte:
 darunter Nr. des Siegels:
 darunter:
 untere Kreishälfte:

Hochschule Bochum
 1 (Nr. fortlaufend)
 das Landeswappen
 Der Prüfungsausschuss

Die Dienstsiegel führen der Präsident, die Vizepräsidentin Wirtschafts- und Personalverwal-
 tung, die Dekane/Dekaninnen und die Vorsitzenden der Prüfungsausschüsse.

Ich gebe hiervon Kenntnis und bitte um geeignete Bekanntgabe in Ihren Arbeitsbereichen.

Mit freundlichen Grüßen
 Im Auftrag

Alda

(Alda)